

Spannungsreiche Beziehungen: Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit

Roth, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Roth, R. (2021). Spannungsreiche Beziehungen: Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 41(161), 11-23. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95991-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Roland Roth

Spannungsreiche Beziehungen: Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit

Soziale Bewegungen haben immer wieder die Themen, Methoden und das professionelle Selbstverständnis in den Sozialberufen beeinflusst, zeitweise sogar geprägt¹. Umgekehrt gehören Studierende und Professionelle aus den Sozialberufen zu den üblichen Verdächtigen, wenn nach den Trägergruppen von Protesten Ausschau gehalten wird. Für eine kurze Phase in den 1970er Jahren war sogar von einer „Sozialarbeiterbewegung“ die Rede, in der sich beide Perspektiven verschränken (Baron u.a. 1978). Arbeitskreise Kritischer Sozialarbeit versuchen in jüngerer Zeit an diese Impulse anzuknüpfen.

Das wissenschaftliche und professionelle Interesse an diesem Wechselverhältnis ist in den letzten Dekaden deutlich gewachsen. Neuere Handbücher, Lexika und Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Sozialen Arbeit kommen ohne den Verweis auf soziale Bewegungen nicht mehr aus (vgl. Kunstreich 2014; Wendt 2017 & 2020). Zuletzt haben die progressiven weltweiten Mobilisierungen von „Fridays for Future“, die „#MeToo“-Bewegung oder „Black Lives Matter“ deutlich gemacht, wie lebendig der Impulsgeber Protest für die Soziale Arbeit ist.

Weniger Beachtung finden dagegen soziale Bewegungen mit einer reaktionären und antidemokratischen Agenda, die nicht nur im „Dritten Reich“ soziale Dienste und Anstalten geprägt haben. Es ist nicht zu erwarten, dass die heutigen autoritären, rechtspopulistischen, -radikalen oder antisemitischen Bewegungen gänzlich ohne Einfluss auf das Gefüge der Sozialen Arbeit bleiben (vgl. Milbradt/Wagner 2016).

Grundsätzlich ist jedoch daran zu erinnern, dass zwischen sozialen Bewegungen und Sozialberufen eine mehr oder weniger große, stets spannungsreiche Distanz besteht. Soziale Arbeit bewegt sich als Profession in einem sozial- bzw.

1 Dieser Artikel greift an verschiedenen Stellen auf meinen Beitrag „Soziale Bewegungen“ (Roth 2018a) zurück, ohne dies im Einzelnen auszuweisen.

wohlfahrtsstaatlichen Kontext, der durch neoliberale Interventionen (Privatisierungen, New Public Management etc.) herausgefordert wird. Sie ist damit aktiver Teil eines Herrschaftsgefüges, gegen das viele der sozialen Bewegungen aufbegehren. Was historisch als „Hilfe zur Selbsthilfe“ angetreten ist, hat einen Fremdhilfe-Apparat hervorgebracht, der 2016 in Deutschland von knapp zwei Millionen Beschäftigten in mehr als 118.000 Einrichtungen und Diensten (mit beachtlichen Steigerungsraten) getragen wird (BAGFW 2018: 6).

Zu den Ambivalenzen des modernen Sozialstaats gehört, dass er einerseits mit dem Ausbau sozialer Bürgerrechte Abhängigkeiten vom kapitalistischen Marktgeschehen reduziert und damit individuelle Freiheitsspielräume schafft oder erhält („Dekommodifizierung“). Auf der anderen Seite geht von den sozialstaatlichen Sicherungssystemen und Diensten ein Disziplinierungs- und Normalisierungszwang aus. Er soll vor allem fit für den Arbeitsmarkt machen und die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit steigern und aufrechterhalten („Kommodifizierung“). Um das bekannte Bild von Wolf Wagner (1990) zu bemühen: das soziale Netz ist keine Hängematte, sondern so aufgehängt, dass jede und jeder strampeln muss, um nicht abzustürzen.

Historisch ist dieser Zusammenhang gut belegt und ausführlich beschrieben (z.B. Treiber/Steinert 1980). Die frühen „Sozialeinrichtungen“ (Klöster, Anstalten, Hospize, Gefängnisse etc.) haben erheblich zur Herausbildung einer Disziplinargesellschaft beigetragen, ohne die ein kapitalistisches Take-off nicht denkbar gewesen wäre.

1. Definitionen und Konzepte sozialer Bewegungen

An Definitionen und Konzepten herrscht kein Mangel.² Soziale Bewegungen sind nach allgemeinem Verständnis kollektive Aktivitäten von einer gewissen Dauer, die auf eine mehr oder weniger tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft oder deren Verhinderung abzielen und sich dabei überwiegend nicht-institutionalisierter politischer Praxisformen bedienen. Sie unterscheiden sich von individuellen Widerständigkeiten und spontanen Revolten durch die Ausbildung einer kollektiven Identität im Sinne eines Wir-Gefühls, das in erster Linie durch gemeinsames Agieren entsteht, aber auch durch gemeinsame Kommunikation, geteilte Überzeugungen, Symbole, Rituale, Sprache, Verhaltensweisen und andere Zeichen der Zusammengehörigkeit bekräftigt wird. Für ihre Ziele setzen soziale Bewegungen

2 Dies hat sicherlich auch mit der verstärkten internationalen Präsenz von Protesten und Bewegungen zu tun (Roth 2018b).

in erster Linie auf Protest in Gestalt von öffentlich sichtbaren Mobilisierungen (z.B. durch Straßendemonstrationen), in jüngerer Zeit auch durch Formen digitaler Kommunikation (etwa Hashtags), mit denen sie auf die öffentliche Meinungsbildung, politische Gegner und staatliche Politik einzuwirken versuchen. Von spontanen und einmaligen Protestereignissen unterscheiden sich soziale Bewegungen durch ein höheres Maß an zeitlicher Kontinuität, die durch die Ausbildung eigener, meist netzförmiger Organisationen ermöglicht wird. Dabei ist zentral, dass Bewegungen durchaus Organisationen unterschiedlichster Art hervorbringen (Vereine, Parteien, Verbände etc.), aber nicht in ihnen aufgehen, solange sie soziale Bewegung bleiben wollen. Je nach Richtung und Radikalität der gesellschaftlichen Ziele kann zwischen revolutionären und reformerischen, zwischen progressiven und reaktionären Bewegungen unterschieden werden.

Der nationalstaatliche Rahmen macht soziale Bewegungen zu einer politischen Kraft, die durch ihre Mobilisierungen entsprechende Veränderungen in der staatlichen Politik und der Gesellschaft bewirken will und gelegentlich auch kann. In den liberal verfassten Demokratien westlicher Prägung haben soziale Bewegungen – neben Verbänden, Gewerkschaften und Parteien – einen festen Platz im System der politischen Interessenvermittlung erobert.

Die Vorbildwirkung erfolgreicher Proteste und das dabei entstandene organisatorische Netzwerk haben in vielen westlichen Gesellschaften nach dem zweiten Weltkrieg zu einer Konjunktur sozialer Bewegungen beigetragen. In den USA wurde dieser Protestzyklus durch die Bürgerrechtsbewegung ausgelöst; in der Bundesrepublik spielte v.a. die Außerparlamentarische Opposition der 60er Jahre diese Rolle. Vormalig als unkonventionell betrachtete Formen politischen Handelns gehören inzwischen zum normalen Handlungsrepertoire größerer Bevölkerungsgruppen.

Ein sich wandelnder und von verschiedenen politischen und thematischen Strömungen bevölkerter „Bewegungssektor“ steht in Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen zu anderen Formen politischer Einflussnahme. National spezifische „politische Chancenstrukturen“ (political opportunity structures), zu denen u.a. die politische Färbung der Regierungen, die Offenheit von Teilen der politischen Elite für Bewegungsforderungen, der Grad an Repression, die Durchlässigkeit der politischen Institutionen für Protestthemen und (z.B. zentralstaatliche oder föderale) Verfassungsstrukturen gehören, begünstigen die Erfolge einzelner sozialer Bewegungen oder schließen sie nahezu aus. Diese politischen Chancenstrukturen unterliegen freilich selbst Konjunkturen, ebenso wie die Bewegungen, die sie zu ihren Gunsten zu verändern trachten. Protestzyklen können so zu allgemeinen gesellschaftlichen Reformphasen beitragen, die häufig durch

Phasen der Repression oder Restauration abgelöst werden. Was für die nationalstaatliche Politik gilt, erfordert regional und lokal differenzierte Betrachtungen, da ein erheblicher Teil der Bewegungsenergien dort investiert wird.

Neben ihrer politischen Dynamik entfalten soziale Bewegungen eine soziokulturelle Praxis. Sie bringen eigene Vergemeinschaftungen, Milieus und Einrichtungen hervor, die häufig als Alternativbewegung beschrieben werden. Sie fordern die soziokulturellen Normen und Lebensweisen der Mehrheitsgesellschaft heraus und versuchen, alternative Orientierungen auch praktisch zu leben. Sie produzieren „challenging codes“ (Melucci 1996). Selbstveränderung, „Politik der Lebensstile“, „personal politics“ und die Suche nach (kollektiven) Identitäten bezeichnen Orientierungen in sozialen Bewegungen, die in der Regel mehr sein wollen als nur Interessenpolitik mit anderen Mitteln. Sie versuchen ihre Bewegungsziele durch eine vorwegnehmende eigene Praxis („präfigurative Politik“) zum Ausdruck zu bringen.

Alternative Zuschreibungen von „Machtorientierung“ oder „Kulturorientierung“ (Raschke 1985) betonen jeweils spezifische Aspekte einzelner sozialer Bewegungen. In zeitgeschichtlicher Perspektive werden „neue soziale Bewegungen“ häufig als überwiegend kulturorientiert beschrieben, während klassische soziale Bewegungen – wie die Arbeiterbewegung – eher als am Machterwerb orientiert gelten. Vermutlich weisen soziale Bewegungen jedoch immer beide Pole auf, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen.

Diese doppelte Perspektive ist wichtig, wenn es darum geht, die Ursachen, Verlaufsformen und Wirkungen bzw. Erfolge sozialer Bewegungen auszuloten. Während die machtorientierte Perspektive vor allem benachteiligte Interessen und soziale Ungerechtigkeiten ins Spiel bringt, betont die identitätsorientierte Richtung eher dominante kulturelle Normen, wie z.B. Geschlechterrollen, Leistungsorientierungen, die als repressive Zumutung erfahren werden und die Suche nach Alternativen auslösen. Wenn soziale Bewegungen vor allem als eine andere politische Form betrachtet werden, interessiert wesentlich, wie es ihnen gelingt, immer erneut und möglichst mit wachsender Resonanz öffentlich sichtbar zu bleiben. Gefragt wird nach der Dynamik von Protestereignissen und deren Rückwirkungen auf die anderen politischen Akteure. Wird die kulturelle Herausforderung betont, interessieren die darunterliegenden Milieus, Netzwerke und Subkulturen, in denen soziale Bewegungen ihren Eigensinn behaupten, die Mehrheitskultur verändern oder von ihr assimiliert werden. Ähnlich verhält es sich mit den Zielen sozialer Bewegungen. Lassen sie sich in konkrete Forderungen übersetzen (Abschaffung des § 218, „Kein Atomkraftwerk in ...“), ist der Erfolg leichter messbar. Meist sind Bewegungsziele jedoch weit gesteckt und liegen auf mehreren Ebenen (z.B.

„kinderfreundliche“ Gesellschaft, „nachhaltige“ Produktions- und Lebensweisen). Zu ihnen gehören immer Orientierungen und Werthaltungen (z.B. postmaterialistische oder ökologische Orientierungen), die sich auch dann ausbreiten können, wenn die konkreten Bewegungsziele verfehlt werden (und umgekehrt). Soziale Bewegungen bringen nicht nur konkrete Einzelforderungen („single issues“) zur Sprache, sondern entwickeln eigene Deutungsrahmen („frames“), mit denen sie nicht nur ihre Identität als Bewegung markieren, sondern auch Weltansichten und Wertschätzungen transportieren, die ihre Forderungen öffentlich nachvollziehbar machen und legitimieren sollen. Erfolge in der Durchsetzung konkreter Einzelziele müssen nicht notwendig zu größerer Akzeptanz von Bewegungsdeutungen führen. Umgekehrt sehen sich soziale Bewegungen zuweilen in der Situation, dass ihre Deutungsmuster (z.B. ökologische Orientierungen) weithin akzeptiert werden, ohne dass sie entsprechende Erfolge in konkreten Politikfeldern (etwa in der Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und des Klimawandels) erzielen.

2. Neue soziale Bewegungen und neueste Proteste

Für ein allgemeines Interesse an sozialen Bewegungen haben vor allem die neuen sozialen Bewegungen gesorgt. Dazu gehören zumindest die neue Frauenbewegung, die Ökologie- und die neue Friedensbewegung. Häufig werden auch die neue Schwulenbewegung, Solidaritätsbewegungen, Hausbesetzungen, neuere Studentenbewegungen, lokale Alternativprojekte, Selbsthilfegruppen u.a.m. hinzugezählt. Deren Gemeinsamkeiten lassen sich auf fünf Ebenen festmachen:

1. Zeitgeschichtlich trägt der Begriff dem Umstand Rechnung, dass seit mehr als vierzig Jahren ein Nebeneinander verschiedener thematischer Strömungen zu beobachten ist, die sich eher ausdifferenzieren als sich zu *einer* gemeinsamen Bewegung zu verdichten. Für das Konzept neue soziale Bewegungen spricht auch eine gewisse Beständigkeit und Verbreitung in allen OECD-Ländern und darüber hinaus. Besonders die Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegungen sind zu weltweit vertretenen Akteuren geworden. Auch wenn sie heute nicht mehr den Bewegungssektor dominieren, wie in den 1970er und 1980er Jahren (Kriesi u.a. 1995), sind ihre Themen auch in den Solidaritätsaktionen für Geflüchtete oder in den Protesten von „Fridays for Future“ präsent.

2. Die sozialstrukturelle Verankerung ihrer Trägergruppen ist zwar breit gestreut und erstreckt sich gelegentlich, z.B. bei regionalen Protesten gegen Atomanlagen oder Infrastrukturprojekte, auf nahezu alle Bevölkerungsschichten, aber es lässt sich bei den dauerhaft Aktiven der neuen sozialen Bewegungen in den westlichen Demokratien ein Schwerpunkt im Bereich der neuen Mittelklassen, vor

allem bei Auszubildenden und Professionellen der Humandienstleistungsberufe ausmachen. Sie verfügen in der Regel über mehr kulturelles und soziales Kapital als über privilegierte ökonomische Einkünfte. In diesem Personenkreis finden sich besonders viele Menschen, die für die gesamte Themenpalette der neuen sozialen Bewegungen mobilisierbar sind und ihre konkreten Aktionsschwerpunkte häufiger wechseln.

3. Ein ähnliches Muster ist bei den politischen Orientierungen der neuen sozialen Bewegungen anzutreffen. So gibt es in allen Einzelbewegungen durchaus konservative und reaktionäre Traditionslinien bzw. Gruppierungen, was mit Blick auf die Geschichte z.B. der ökologischen Reformbewegungen in Deutschland wenig verwunderlich ist. Gleichwohl dominiert ein links-libertäres Selbstverständnis: Die Selbsteinstufung auf der linken Seite des politischen Spektrums wird durch eine Präferenz staatsferner und selbstorganisierter Politikansätze ergänzt. In der politikwissenschaftlichen Diskussion haben die Ausbreitung dieser Orientierungen und die Erfolge grün-alternativer Parteien die Annahme bestärkt, mit den neuen sozialen Bewegungen sei eine neue – quer zur traditionellen Rechts/Links-Achse – verlaufende gesellschaftliche Spaltungslinie entstanden, deren Gegenpol von einer neuen Rechten gebildet wird. Mit den Konflikten um Migration und Flucht ist im letzten Jahrzehnt eine weitere Ausprägung dieser Konfliktlinie sichtbar geworden, die entlang nationaler Schließung und transnationaler Offenheit verläuft (Kriesi u.a. 2012).

4. Besonders deutlich fällt der Kontrast zur „alten“ sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, in der Dimension der bevorzugten Organisationsformen aus. Auch mehrere Dekaden nach ihrem ersten Auftauchen gibt es weder bei den Einzelbewegungen noch übergreifend einen Trend in Richtung bürokratischer Großorganisation. Nach wie vor kennzeichnet ein „geringer Grad organisatorischer Verfestigung, Bürokratisierung und Zentralisierung in Verbindung mit Führerfeindlichkeit“ (Raschke 1985) die neuen sozialen Bewegungen.

5. Auffällig ist das breite Spektrum der Aktionsformen mit einer deutlichen Betonung von gewaltfreien, demonstrativen und symbolischen Praktiken, die in projektspezifischen Mobilisierungen entlang wechselnder Themen entfaltet werden.

Folgende Tendenzen kennzeichnen die Entwicklung der gesamten Protestszene in den letzten Jahrzehnten. Zunächst lässt sich gesellschaftlich eine breite Anerkennung der Themen und Mobilisierungsformen der neuen sozialen Bewegungen beobachten, die zu entsprechenden Öffnungen in Parteien und Verbänden, aber auch zu institutionellen Ergänzungen des politischen Gefüges vor allem auf kommunaler Ebene geführt hat (Frauenbüros, Umweltdezernate, Selbsthilfeförderung

etc.). Mit schwindender Frontstellung und der Ausweitung eines intermediären zivilgesellschaftlichen Bereichs zwischen Bewegungen und den klassischen Institutionen des politischen Systems – bis hin zur gestiegenen Rolle von entsprechenden Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) in der internationalen Politik – drohen die Konturen der Bewegungen selbst zu verschwimmen. Während jedoch die Dominanz der neuen sozialen Bewegungen noch vor wenigen Jahrzehnten unstrittig war, gewinnen seit den 1990er Jahren rechtsradikale Mobilisierungen, aber auch Proteste entlang sozialer Themen (Arbeitslosigkeit, Armut etc.) an Gewicht. Besonders die Hartz-Reformen lösten 2004 die wohl größte und dauerhafteste Protestmobilisierung („Montagsdemonstrationen“) entlang eines sozialen Themas aus. In der zweiten Hälfte der 2010er Jahre gewinnen die Auseinandersetzungen um Migration und Zuwanderung, besonders um die Aufnahme von Geflüchteten eine neue Brisanz. Auch wenn insgesamt die Aktivitäten für die Unterstützung von Geflüchteten dominiert haben, sind regional die Gegenbewegungen stärker sichtbar (wie z.B. die „Pegida“-Märsche). Des Weiteren setzen ökonomisch vorangetriebene, kulturelle und soziale Globalisierungsprozesse neue politische Impulse für soziale Bewegungen. Dazu gehört ein schnelles Wachstum von international agierenden Gruppen und Organisationen, die nicht nur Gipfelkonferenzen begleiten, sondern auch transnational protestfähig sind (Global Justice Movements, „Occupy!“-Proteste etc.). Last but not least entsteht mit der Anfang 2020 einsetzenden Corona-Pandemie eine bunte Szene von Corona-Leugnern, Verschwörungserzählern und Kritikern der staatlichen Einschränkungen von Bürgerrechten, deren Proteste zunehmend von rechtspopulistischen Akteuren vereinnahmt werden. Die knapp 7.700 angemeldeten Demonstrationen in Berlin im Jahre 2020 verweisen auf beachtliche Steigerungsraten im einem bunten gewordenen Protestgeschehen selbst unter Corona-Bedingungen. Ob sich diese Proteste auch zu sozialen Bewegungen verstetigen können, scheint gegenwärtig eher zweifelhaft.

3. Soziale Bewegungen, soziale Probleme und Sozialpolitik

Bei aller thematischen Vielfalt besteht eine besondere Nähe zwischen sozialen Bewegungen, sozialen Berufen und Sozialpolitik. Sie geht zurück auf eine Phase, in der soziale Probleme und soziale Bewegungen noch in der Einzahl verhandelt wurden. Die Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts konnten als „die“ soziale Bewegung betrachtet werden, die „die“ soziale Frage in immer neuen Variationen auf die Tagesordnung setzt: Fairness und soziale Gerechtigkeit im Verhältnis von Kapital und Arbeit bzw. die Überwindung des Systems der Lohnarbeit. Die vielfältigen sozialen Probleme – von den „arbeitenden Armen“ bis zur Kinderarbeit,

von der hohen Säuglingssterblichkeit bis zu den unhygienischen Zuständen in den schnell wachsenden Industrieansiedlungen – konnten mit einiger Berechtigung als zeitgenössische Erscheinungsformen einer grundlegenden sozialen Frage betrachtet werden. Indem Arbeiterbewegungen und andere Mobilisierungen in ihrem Umfeld „die“ soziale Frage immer wieder in demonstrativen Formen und Konflikten auf die Tagesordnung setzten, hatten sie erheblichen Anteil an der Herausbildung moderner Sozialstaaten und der Gestaltung ihrer spezifischen institutionellen Regelungen. Dies bedeutet weder, soziale Bewegungen allein oder auch nur vorrangig für die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme zu reklamieren, noch, dass die einmal etablierten Regelungen im Sinne dieser Bewegungen ausgefallen wären. Für den meist indirekten Einfluss sozialer Bewegungen mit von ihnen nicht-intendierten Folgen bietet die mit Bismarck verbundene Sozialgesetzgebung in Deutschland instruktives Anschauungsmaterial. Die zunächst im Umfang sehr begrenzten sozialen Sicherungen waren eingeführt worden, um die Sozialdemokratie politisch einzudämmen. Als staatliche Zwangsversicherung drängte sie paternalistisch den Einfluss der Bewegungsakteure auf deren Ausgestaltung zurück. Mit Blick auf die weiter gesteckten Bewegungsziele war das staatliche „Angebot“, Sozialversicherung statt Sozialismus, durchaus kein Bewegungserfolg. Dies gilt noch mehr für die in der frühen Arbeiterbewegung entwickelten Solidarinrichtungen. Mit der staatlichen Pflichtversicherung wurde den betrieblichen und berufsspezifischen Solidarkassen in der alleinigen Regie der Arbeitenden das Wasser abgegraben: Versicherung statt Solidarität (Rodenstein 1978).

Dieses ambivalente Grundmuster lässt sich auch in der weiteren Wechselwirkung von sozialen Bewegungen, sozialen Problemen und staatlicher Sozialpolitik wiederfinden. Kennzeichnend ist spätestens seit der Jahrhundertwende der Plural sowohl der sozialen Bewegungen wie der sozialen Probleme. Darin drückt sich einmal das schwindende Vertrauen aus, von einem Punkt aus (der „Systemfrage“) alle Formen sozialer Desintegration bearbeiten zu können. Zum anderen sind sie Ergebnis der Spezialisierungseffekte aus dem Zusammenspiel der Institutionalisierung staatlicher Sozialpolitik, der universitären Etablierung der Sozialwissenschaften wie der Verberuflichung und Professionalisierung Sozialer Arbeit. Seither gelten soziale Bewegungen als Schwungrad in der Artikulation und Gewichtung sozialer Probleme, die dann in Wohlfahrtsverbänden, Sozialwissenschaften und staatlichen Politiken kleingearbeitet werden.

Gerade in Ländern mit schwächer entwickelten sozialstaatlichen Sicherungssystemen und weniger starken Wohlfahrtsverbänden, wie den USA, ist dieser enge Zusammenhang zwischen sozialen Problemen und sozialen Bewegungen immer wieder hervorgehoben worden. Wesentliche sozialpolitische Errungen-

schaften der USA im New Deal und in den sechziger Jahren waren Antworten auf die Massenproteste von Industriearbeitern bzw. der Bürgerrechtsbewegung (Piven/Cloward 1977). Zugespitzt in der Gleichsetzung „social problems as social movements“ (Mauss 1975) betont vor allem die konstruktivistische Soziologie die sozialpolitisch prägende Rolle sozialer Bewegungen. Da soziale Probleme nicht „objektiv“ vorgegeben und im Prinzip unerschöpflich sind, sei deren Thematisierung ein vielstufiger öffentlicher Prozess, an dem viele Akteure beteiligt sind, wobei der sichtbare Protest sozialer Bewegungen entscheidende Akzente setzen kann (Hilgartner/Bosk 1988). Diese Perspektive hat in den letzten Jahrzehnten auch in Westeuropa an Einfluss gewonnen, seit die Grenzen sozialstaatlicher Integration offensichtlich geworden sind, „alte“ Formen sozialer Exklusion wiederkehren und neue durch den Rückbau sozialstaatlicher Transfers und Dienstleistungen erzeugt werden. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür bietet die internationale Karriere von Tafel-Initiativen. Sie reagieren auf Marginalisierungs- und Verarmungsprozesse, die durch den Abbau sozialstaatlicher Sicherungen in neoliberalen Zeiten ausgelöst oder verstärkt wurden. Ernährungssicherheit wird erneut privater Barmherzigkeit überantwortet, obwohl sie eine zentrale Grundlage des Sozialstaats darstellt, die in zahlreichen internationalen Pakten garantiert wird (vgl. Roß/Roth 2020: 27ff.).

Gegen das Trugbild einer erfolgreichen sozialstaatlichen Lösung sozialer Fragen hatten zuvor bereits die neuen sozialen Bewegungen in ihren vielfältigen Initiativen mobilisiert (Roth 1991). Thematisiert wurden nicht nur die Blind- und Schwachstellen sozialer Dienste und Sicherungen, sondern auch ihre herrschaftlich-bevormundenden Formen. Erinnert sei an die Skandalisierung der Lebensbedingungen in totalen Institutionen und die Versuche, Alternativen zu entwickeln, in denen die Menschenrechte der Betroffenen respektiert und deren eigene Handlungspotentiale gefördert werden („empowerment“). Mit ihren „Randgruppenmobilisierungen“, Krüppelinitiativen, Irrenoffensiven, Jugendzentrumsinitiativen, Altenmobilisierungen oder der Gesundheitsbewegung – um nur einige zu nennen – haben die neuen sozialen Bewegungen die eingangs beschriebene politisch-kulturelle Doppelrolle sozialer Bewegungen erfüllt: Veränderung in der staatlichen Sozialpolitik einzuklagen und zugleich modellhaft eigene Einrichtungen und Projekte zu entwickeln, die als Vorgriff auf Gewünschtes gelten können. Es gibt wohl keinen Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik, in dem diese bewegte Infragestellung nicht stattgefunden hätte. Ihre Resonanz ist auch in jenen Arbeitsfeldern zu spüren, in denen institutionelle Reformen in die protestierend eingeforderte Richtung ausgeblieben sind. Die enorme sozialpolitische Dynamik, die von der Skandalisierung sozialer Missstände durch soziale Bewegungen über bewegungseigene Alternativen bis

hin zu sozialen Regeleinrichtungen reicht, lässt sich eindrucksvoll am Beispiel männlicher Gewalt gegen Frauen und Kinder zeigen. In den 1970er Jahren setzte die neue Frauenbewegung Vergewaltigung und Missbrauch auf die politische Agenda und schuf eigene, zunächst meist „autonome“ Einrichtungen wie Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen. Kaum ein Jahrzehnt später gehörte die Förderung solcher Einrichtungen zum mehr oder weniger selbstverständlichen Aufgabenbereich kommunaler Sozialpolitik. Ähnliches ließe sich für die kommunale Selbsthilfeförderung zeigen. Die jüngste Debatte über den Missbrauch von jungen Menschen in Heimen und kirchlichen Einrichtungen macht den un abgeschlossenen Charakter des Skandalisierungsbedarfs deutlich.

4. Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit

Die Nähe von Sozialpolitik und sozialen Bewegungen bringt es mit sich, dass die Geschichte der sozialen Berufe und ihrer Professionalisierung nachhaltig von sozialen Bewegungen geprägt wurde. Unter der Überschrift „Mütterlichkeit als Beruf“ (Sachße 1986) wurden die Verbindungen zwischen historischer „bürgerlicher“ Frauenbewegung und der Entwicklung des Berufsfeldes Sozialer Arbeit seit dem Ende des 19. Jahrhunderts freigelegt. Auch auf das modernisierte berufliche Selbstverständnis, das mit der akademischen Aufwertung und Professionalisierung seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre einherging, wirkten soziale Bewegungen ein. Die „Sozialarbeiterbewegung“ wollte den Abschied von fürsorgendem Mitgefühl und klientelistisch-bürokratischer Fallbearbeitung, indem sie anwaltliche Interessenvertretung und gemeinsame Mobilisierung auf ihre Fahnen schrieb und in einer „Projekte-Bewegung“ neue Formen Sozialer Arbeit erprobte.

Konflikte mit den Anstellungsträgern wie Kommunen und Wohlfahrtsverbänden waren die Folge. Auch das Verhältnis zwischen professioneller Sozialer Arbeit und neuen sozialen Bewegungen blieb spannungsgeladen. Radikalere Strömungen der Jugendzentrums- und Frauenhausbewegung verweigerten jede Kooperation mit Sozialarbeitern. Gleichbetroffenheit wurde nicht nur in Frauenprojekten zu einer Norm, die eine professionelle Identität selbst jenen schwer machte, die sich radikaler und progressiver Sozialer Arbeit verschrieben hatten. Hinzu kam die Infragestellung etablierter Formen Sozialer Arbeit in allen Bereichen. In der Folge entwickelten sich hybride Praxisformen, die nicht selten zwischen konventioneller Sozialer Arbeit und Bewegungsprojekt schwanken. Dabei handelt es sich nicht um eine deutsche Sonderentwicklung, sondern um eine weltweite Erscheinung, die besonders in den USA als „Empowerment“-Tradition Anerkennung gefunden hat (Simon 1994).

Die Suche nach einer „neuen Professionalität“ sozialer Berufe ist keineswegs abgeschlossen. Eine weitere Verwissenschaftlichung und Akademisierung ist ebenso en vogue wie eine verstärkte Orientierung an sozialbewegten Arbeitsformen (Projektorientierung, Selbsthilfeförderung, Vernetzung, Gemeinwesenorientierung, Empowerment etc.) und Zielen (Wahrung von Bürger- und Menschenrechten auch in prekären Lebenssituationen, Wohlfahrtspluralismus, Wohlfahrtsgesellschaft, „Politik des Sozialen“ statt staatlicher Sozialpolitik). In der Sozialarbeitsdiskussion viel gebrauchte Adjektive wie ökologisch, feministisch, nachhaltig, rassismuskritisch etc. verweisen darauf, dass die Anstöße durch die neuen sozialen Bewegungen und nachfolgende Proteste lebendig sind.

Kritische Sozialarbeit kann sich jedoch nicht darin erschöpfen, diese Impulse wachzuhalten und wo immer wirksam werden zu lassen. Auch ihr Beitrag zur zivilgesellschaftlichen Selbstkorrektur im Umgang mit den anschwellenden autoritären und rechtspopulistischen Bewegungen und Strömungen (Roth 2021) ist unabdingbar. Nach wie vor ist jene praktische Kritikfähigkeit gefordert, die sich seit den Aufbrüchen der 1960er Jahre gegen die Einbindung Sozialer Arbeit in staatliche Herrschaft und kapitalistische Funktionslogik, ihre Umsetzung in Sozialbürokratien, Heimen und Anstalten im Namen der Betroffenen zur Wehr setzte (Hollstein/Meinhold 1973). Auch wo sich die herrschaftliche Einbettung betriebswirtschaftlich modernisiert hat, bleibt die Herausforderung, soziale Sicherung und Solidarität von den Menschen, besonders den „vulnerablen Gruppen“, aus zu denken und mit ihnen gemeinsam nach Alternativen zu suchen. Dass Soziale Arbeit eine Menschenrechtsprofession sei, ist ein hehres Ziel, aber nicht die Realität. Das jüngste Scheitern des in jeder Hinsicht unzulänglichen Versuchs, die Normen der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz zu verankern, verdeutlicht die herrschaftlichen Widerstände gegen jeden Versuch, soziale Dienste von den Rechten junger Menschen her neu zu denken.

Die Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte haben auch die Demokratiefrage neu buchstabiert. Mit demokratischen Angeboten in Form von direkter Demokratie (Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Jugend- und Bürgerbudgets etc.) und dialogischer Beteiligung (Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsprozessen, Bürgerräten etc.) ist das Repertoire repräsentativer Demokratie „von oben“ erweitert worden. Dies ist auch eine Antwort auf demokratische Impulse „von unten“. Dazu gehören in erster Linie soziale Bewegungen und Proteste. Eine zweite Säule ist das bürgerschaftliche Engagement. „Im Kleinen etwas gestalten können“ findet die größte Zustimmung, wenn nach den Zielen und Motiven der Engagierten gefragt wird. In der Willkommenskultur für Geflüchtete und den nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerken in Pandemiezeiten ist dies beeindruckend sichtbar

geworden. Schließlich führt ein dritter Impuls mitten in die institutionelle Praxis Sozialer Arbeit. Hier geht es um die Alltagsdemokratie in gesellschaftlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Jugendhäuser und Altenheimen. Gegenwärtig gibt es z.B. eine starke Welle, Kitas kindergerecht und mitbestimmt zu gestalten. Wie die demokratischen Rechte junger Menschen in Schulen und Kommunen gestärkt werden können, machen zahlreiche Modellprojekte und Kinderfreundliche Kommunen deutlich. Solche Demokratisierungsinitiativen stellen zwar nicht die „Systemfrage“, aber sie knüpfen an die Befreiungsimpulse an, die in sozialen Bewegungen immer wieder aktualisiert werden. Sie können ein Beitrag sein, Menschenrechte – die letzte verbliebene Utopie (Moyn 2010) – in der Realität geltend zu machen.

Literatur

- Baron, Rüdiger u.a. (Hg.) 1978: Sozialarbeit zwischen Bürokratie und Klient. Offenbach
 Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) (Hg.) 2018: Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2016. Berlin
 Hilgartner, Stephen/Bosk, Charles L. 1988: The Rise and Fall of Social Problems: A Public Arenas Model. In: The American Journal of Sociology (94) 1, 53-78
 Hollstein, Walter/Meinhold, Marianne (Hg.) 1973: Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt a.M.
 Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem W./Giugni, Marco G. 1995: New Social Movements in Western Europe. London
 –/Grande, Edgar u.a. 2012: Political Conflict in Western Europe. Cambridge
 Kunstreich, Timm 2014: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band I und II. 5. Aufl. Hamburg
 Mauss, Armand L. 1975: Social Problems as Social Movements. New York
 Melucci, Alberto 1996: Challenging Codes. Cambridge
 Milbradt, Björn/Wagner, Leonie 2016: Pegida – Rechtspopulistische Bewegungen und die Folgen für die Soziale Arbeit. In: Soziale Passagen (8), 275-291
 Moyn, Samuel 2010: The Last Utopia. Human Rights in History. Cambridge
 Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. 1977: Poor People's Movements. New York (dt. 1986)
 Raschke, Joachim 1985: Soziale Bewegungen. Frankfurt a.M.
 Rodenstein, Marianne 1978: Arbeiterselbsthilfe, Arbeiterselbstverwaltung und staatliche Krankenversicherungspolitik in Deutschland. In: Guldemann, Tim u.a., Sozialpolitik als soziale Kontrolle (Starnberger Studien 2), Frankfurt a.M., 113-180
 Roß, Paul-Stefan/Roth, Roland 2020: Soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement: gegeneinander – nebeneinander – miteinander. Berlin
 Roth, Roland 1991: Sozialpolitik von unten. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (4), 41-56

- 2018a: Soziale Bewegungen. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans/Treptow, Rainer/Ziegler, Holger (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 6. überarbeitete Auflage. München, 1458-1466
 - 2018b: Eine neue Generation von Protesten? Ein Literaturbericht. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft (12) 2, 429-452
 - 2021: Dunkle Seiten der Zivilgesellschaft – von 2001 bis 2021. In: Jahrbuch Engagementpolitik, Frankfurt a.M. (i.E.)
- Sachße, Christoph 1986: Mütterlichkeit als Beruf, Frankfurt a.M.
- Simon, Barbara Levy 1994: The Empowerment Tradition in American Social Work. New York
- Treiber, Hubert/Steinert Heinz 1980: Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die Wahlverwandtschaft von Kloster- und Fabrikdisziplin. München
- Wagner, Wolf 1990: Die nützliche Armut. Eine Einführung in Sozialpolitik. Berlin
- Wendt, Wolf Rainer 2017: Geschichte der Sozialen Arbeit 2. Wiesbaden
- 2020: Kurze Geschichte der Sozialen Arbeit. Wiesbaden

Roland Roth

E-Mail: roland.roth1@gmx.de

Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit

- ▶ peer reviewed
- ▶ Print-, E-Abo, Campuslizenz
- ▶ 11x jährlich

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen
Bernadottestr. 94
14195 Berlin
verlag@dzi.de
www.dzi.de

9.2021

Alle Einzelbeiträge auch online recherchier- und bestellbar

SOZIALE ARBEIT

70 JAHRE
Für Wissenschaft & Praxis
Fachzeitschrift
SOZIALE ARBEIT

DZI

#IchBinHanna - #WirSindNetzwerk | 322
Transformationsprozesse eudaimogenetisch gestalten | 330
Rebellin gegen Klassenverhältnisse: Mentona Moser (1874-1971) | 337
Initiative Transparente Zivilgesellschaft | 344

GraphikBüro 8/2021